

Öffentliche Hand und Kunst

Einerseits ihr Stolz auf die bestehenden Kunstschätze, andererseits die Vernachlässigung der bildenden Künstler bei der Ausübung ihres Berufes

KRISTINE KÖPF

Ein Bericht der Geschäftsführerin des Künstlerbundes Dresden e.V., die als Ansprechpartnerin der beruflich tätigen bildenden Künstler Dresdens in täglichen Gesprächen deren widriger werdende Umstände erfährt.

Der Stolz der öffentlichen Hand

Politiker aller Ebenen sind stolz auf Kunstwerke, die in ihrem Staat, ihrem Land oder ihrer Stadt hervorgebracht wurden und bekennen dies gern öffentlich. „The glory of Dresden“ heißt die Ausstellung in Jackson/ Mississippi/USA mit Kostbarkeiten aus den sächsischen Sammlungen, die Ende Februar 2004 von Bundeskanzler Gerhard Schröder eröffnet wurde und zu der es sich auch Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt nicht nehmen ließ, anzureisen. Die Kunstschätze sollen den Blick ausländischer Investoren nach Deutschland lenken. Parallel dazu hat Außenminister Joschka Fischer zusammen mit seinem amerikanischen Kollegen die Schirmherrschaft für die in allen Medien umworbene und gepriesene MoMA-Ausstellung in der Neuen Nationalgalerie Berlin inne, bei der 200 Meisterwerke des 20. Jahrhunderts aus dem New Yorker Museum of Modern Art betrachtet werden können. Gerhard Schröder kam 2003 zwei mal der Kunst wegen nach Dresden, einmal, um mit Frankreichs Premierminister Jacques Chirac in der Galerie Alte Meister zu konferieren, und zur Eröffnung der Gerhard-Kettner-Ausstellung, wobei er in seiner Rede namhafte Künstler aufzählte und die Bedeutung Kettners für den „herausragenden Platz“ Dresdens „als Heimat und Schule des Zeichnens“ unterstrich. Die Landeshauptstadt Dresden schmückt sich mit dem Namen „Kunststadt“ und nutzt ihre Kunstsammlungen und Kultureinrichtungen, um jährlich Tausende von Touristen anzulocken. Kommunen, Länder und Staaten rühmen sich mit renommierten Orchestern, Opern, Museen, Ausstellungen. Politiker werden nicht müde, die deutsche Kultur als Weltkultur im Ausland anzupreisen und über ihre Bedeutung für die Entwicklung der modernen Gesellschaft zu referieren.

Für weite Teile der Bevölkerung ist Kunst und Kultur ein überaus wichtiges Gut, erkennbar an der Entrüstung bei Abbauplänen, die die Kultur betreffen, oder an dem großen Teilnahmehintergrund an organisierten Fahrten zu bedeutsamen Ausstellungen, um nur zwei konkrete Beispiele zu nennen. Dass Politiker also ihr Image pflegen und sich bei Wählern beliebt machen, wenn sie sich - zumindest verbal - bei passenden Gelegenheiten zu Kunst und Kultur bekennen, liegt auf der Hand. Wie aber geht es jenen, die Kunst erschaffen?

Die Schaffung bildender Kunst als Beruf

Zunächst studiert ein werdender Künstler ca. fünf Jahre an einer Kunsthochschule oder er lernt autodidaktisch in Kursen und durch jahrelange Übung, was zur künstlerischen Berufung gehört. Schließlich beginnt

das eigentliche Berufsleben als bildender Künstler: Um Kunst produzieren zu können, muss ein Atelier angemietet, Material besorgt werden, eventuell eine klimatisch geeignete Lagermöglichkeit der Werke zur Verfügung stehen. Neben der kreativen Entwicklung und eigentlichen Herstellung von Kunstwerken gilt es, sich zu vermarkten. Ein professioneller Künstler sollte sich möglichst mit einem in der Regel kostenintensiven Katalog präsentieren, zumindest aber gutes Bildmaterial seiner Arbeiten bereit haben. Werbung für die eigene Kunst und Person, Internetpräsenz, persönliche Ansprechbarkeit, Kontakte und Beziehungen: all das



Jens Herrmann „Stübchen des 20. Jahrhunderts müssen nicht mehr gegossen werden“, Uniklat, Aluminiumguss, Keramik, 2001

gehört heute selbstverständlich zum Berufsbild des bildenden Künstlers. Vorausgesetzt es gibt die Nachfrage durch zahlungsfähige Kunstkäufer, kann es durch diese Vermarktungsmaßnahmen gelingen, selbst unmittelbar Verkäufe zu erzielen. Die Regel ist eher, eine Ausstellung zu ergattern, vielleicht sogar einen Galeristen zu finden, der bereit ist, Kunstwerke des Künstlers anzubieten. Dann wird eventuell das ein oder andere Werk verkauft und der Künstler erhält nun den materiellen Lohn für sein Schaffen, abzüglich der zuvor geleisteten Ausgaben und der Galeristenprovision.

Parallel kann sich der Künstler an Ausschreibungen, wie etwa für Aufträge, Wettbewerbe, Stipendien und Preise beteiligen. Mit der Einreichung seiner Bewerbungsmappe erhält er die Chance, ausgewählt zu werden und sichert sich möglicherweise so eine Auftragsarbeit, verdient etwas zusätzliches Preisgeld oder gewinnt Renommee, welches für weitere Verkäufe ausschlaggebend sein kann.

Die gegenwärtige Situation der beruflich tätigen bildenden Künstler

Während Gerhard Schröder und Georg Milbradt also in den USA die von bildenden Künstlern vergangener Zeiten produzierten Kunstwerke Dresdens feierten, spitzt sich die wirtschaftliche Situation der zeitgenössischen bildenden Künstlerinnen und Künstler Dresdens (und anderer Teile Sachsens und des Bundes) dramatisch zu. Die Tendenz geht schon seit der Wende dahin, dass die

bildenden Künstler es immer schwerer haben, über ihren Beruf ihre Lebensgrundlage zu sichern. Zwar mangelt es nicht an Kunstinteressenten in der Region, aber es fehlt definitiv an Käufern und Mäzenen. Ein dürrtigger Kunstmarkt - wenn man ihn überhaupt als solchen bezeichnen kann - und generell schlechter werdende Bedingungen führten somit dazu, dass jetzt die Grenze erreicht zu sein scheint, bei der die schiere Existenz der bildenden Künstlerinnen und Künstler bedroht ist.

Abstiegsspirale von der Freiberuflichkeit in die Sozialhilfe

In der Geschäftsstelle des Künstlerbundes Dresden e.V. häufen sich die Sachverhaltsschilderungen von Künstlern, die ihr Atelier aufgeben müssen, weil es finanziell nicht mehr tragbar ist. Aus der Freiberuflichkeit in die Sozialhilfe bzw. in die Arbeitslosigkeit gehen zu müssen, ist längst keine Ausnahme mehr. Obwohl ein essentielles Aufnahmekriterium für die Mitgliedschaft im Künstlerbund Dresden e.V. eigentlich die Berufsausübung als bildender Künstler ist, wird das tägliche Brot nur von einem Bruchteil der Mitglieder tatsächlich mit der Kunst verdient. Die Regel ist, dass eine Tätigkeit ausgeübt wird, die oftmals noch nicht einmal etwas mit Kunst zu tun hat und die Kunstherstellung - wenn sie denn ausgeübt werden kann - auf die Freizeit zu verlegen. Die Klage vieler Betroffener geht dahin, dass, mangels Muße und Ruhe, der eigene Qualitätsanspruch nicht mehr erreicht werden kann. Während früher der etwaige Nebenjob das Zubrot zum Kunstverkauf ausmachte, ist heute umgekehrt das Geld, das über den Verkauf eines Bildes in die Kasse fließt, zum reinen, sporadischen Zubrot geworden, so die Aussage vieler Künstler. Problematisch ist, dass selbst die Möglichkeit, anderweitig sein Geld zu verdienen, mangels geeigneter Jobs auf dem Arbeitsmarkt immer aussichtsloser wird. Glück haben die, deren Partner oder Partnerin genug verdient, so dass - unter Inkaufnahme der wirtschaftlichen Abhängigkeit - wenigstens keine eigentliche Existenzbedrohung gegeben ist. Pech haben Alleinerziehende, da deren Chance, sich von dem kleinen Kunstmarktkuchen ein Stück zu sichern, gleich Null ist. Das sich Zerreißen zwischen den verschiedenen Möglichkeiten, denen es hinterher zu jagen gilt, um als Künstler ein gewisses Bekanntheits- und damit Verkaufsniveau zu erreichen, ist laut vieler der Künstlerinnen und Künstler so Kräfte zehrend und auslaugend, dass sich schon deshalb früher oder später die Aufgabe des Berufes anbahnt.

Altersarmut, Künstlersozialkasse

Wer zu den Älteren der bildenden Künstler gehört, weiß inzwischen nicht mehr, an welcher Stelle er seinen Lebensstandard noch einschränken soll. 500 Euro und weniger Rente im Monat sind häufig genannte Beträge, die sich dem teurer werdenden Dasein nicht anpassen. Die Zuzahlungen im Gesundheitsbereich, die seit Anfang des Jahres zu leisten sind, haben spürbare Auswirkungen auf den Geldbeutel der Senioren. Man leistet sich also keine Monatskarte für die Straßenbahn mehr, verliert damit die Möglichkeit, mobil und aktiv zu sein und das wichtigste an Lebensqualität, was noch bleibt, wie eine ältere Künstlerin kürzlich schilderte. Die jüngeren

Kollegen sind als freiberufliche Künstler dem üblichen Rentensystem unterworfen, bei dem die Rente nach dem im Leben erwirtschafteten Arbeitseinkommen bemessen wird. Altersarmut ist angesichts des bescheidenen Durchschnittsverdienstes folglich vorprogrammiert.

Man könnte denken, dass wenigstens die Künstlersozialkasse, welche 50% der Sozialleistungen des freiberuflich arbeitenden bildenden Künstlers übernimmt, als eine den Künstlern wohl gesonnene Einrichtung deren Situation entgegen kommt. Tatsächlich steigen die Zahlen der Ausschlüsse von Mitgliedern aus der Künstlersozialkasse, weil das jährliche Mindesteinkommen von 3900 Euro pro Jahr durch Kunstverkäufe schlicht nicht erreicht werden kann bzw. weil der Verdienst durch andere Tätigkeiten zu hoch ist. Die Überprüfungen der Angaben der Künstler wurden in letzter Zeit erheblich verstärkt. Wer nicht nachweisen kann, tatsächlich über 3900 Euro verdient zu haben, wird ausgeschlossen und sieht sich nun der Doppelbelastung gegenüber, als Künstler kaum etwas zu verdienen, aber voll sozialbeitragspflichtig zu sein. Bei dem Versuch, sich trotzdem über Wasser zu halten, wird spätestens jetzt auf die im Freiberuf freiwillige Zahlung in die Rentenkasse verzichtet und das existenzielle Problem aufs Alter verlagert. Die übliche Konsequenz des Rauswurfs aus der Künstlersozialkasse ist der Gang zum Sozialamt.

Selbstaubeutung

Die immer enger werdende Schlinge führt zur Selbstaubeutung: Gegenseitiges Unterbieten und Dumpingpreise, um überhaupt an Aufträge zu kommen und vielleicht endlich etwas zu verkaufen, zwingen die Künstler, sich ihren eigenen Markt kaputt zu machen. Aussteller nutzen aus, dass ein Künstler, angesichts der Notwendigkeit, seine Professionalität anhand von regelmäßigen Ausstellungen vor der Künstlersozialkasse zu beweisen, notgedrungen eine Ausstellungsmöglichkeit auch unter schlechtesten Bedingungen annimmt und wälzen die Kosten für Transport, Versicherung, Vernissage und Aufsicht gern auf den Künstler ab. Ein Ausstellungshonorar wird regelmäßig noch nicht einmal verhandelt. Genauso selbstverständlich verlangt man dem Künstler bei Ausschreibungen bereits in der ersten Runde immer anspruchsvollere Vorleistungen ab, ohne dass die Vergütung etwa von eigens angefertigten Modellen und Entwürfen und deren Rückgabe vorgesehen sind.

Teufelskreis beim Nachweis der Berufsausübung

Die fatale Selbstaubeutung hat die Auswirkung eines Teufelskreises, wenn es darum geht, seine Einnahmen zu versteuern: Zwar hat sich der Bundesfinanzhof in seinem Urteil vom 6.3.2003 dagegen ausgesprochen, dass ein Künstler aus dem Stand des Berufskünstlers automatisch in die Kategorie des Hobbykünstlers abrutscht, wenn er mehrere Jahre lang kein zu versteuerndes Einkommen angeben konnte. Jedoch werden über den Nachweis der Einkommensverhältnisse hinaus „berufstypische professionelle Vermarktung (z.B. Teilnahme an Ausstellungen), besondere betriebliche Einrichtungen (z.B. Atelier), Erwähnung in einschlägiger Literatur“ u.ä. verlangt. Es entsteht die Zwickmühle, dass die

Einnahmen, die durch Kunstverkäufe erzielt werden, von den immer höher werdenden Ausgaben für Ateliermieten und Selbstvermarktung, für die immer selbstverständlichere Übernahme der Kosten bei Ausstellungen, für die niedriger werdenden Kunstwerkpreise geschluckt werden. Die Kriterien, die der Künstler also erfüllen muss, um sich als beruflich tätiger Künstler auszuweisen, sind somit die Ursache dafür, dass zum Versteuern nichts übrig bleibt.

Verstecken der Situation

Die vertretene Meinung aus Nicht-Künstlerkreisen, als Künstler habe man doch die Chance reich zu werden, gleicht dem „American Dream“, sich vom Tellerwäscher zum Millionär hoch zu arbeiten. Selbst, wenn sich der ein oder andere lebende Künstler glücklich schätzen kann, auf dem höchsten Niveau des internationalen Kunstmarkts gehandelt zu werden, ist nicht zu übersehen, dass die breite Masse der Künstler schon immer auf außerordentlich bescheidenem Fuß gelebt hat. Beklagt wird von den bildenden Künstlern jedoch nicht ihr bescheidenes Dasein an sich, sondern das gegenwärtig stattfindende Abrutschen unter das Existenzminimum, ohne Aussicht auf Verbesserung der Situation. Da ein potentieller Kunstkäufer vorzugsweise das Werk eines erfolgreichen Schöpfers ersteht, und nicht das eines armen Schluckers, verleihen die Betroffenen ihrer Misere aber noch nicht einmal lautstark Ausdruck, sondern kaschieren sie lieber.

Die kulturelle Verantwortung der öffentlichen Hand

Nach Artikel 20 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes geht die Staatsgewalt vom Volke aus. Seine gewählten Vertreter sind somit Dienstleistende für das Volk und tragen die Verantwortung dafür, unverzichtbaren Bereichen für die Gesellschaftsentwicklung, die nicht allein wirtschaftlich und daher nicht allein von privater Hand oder durch Ehrenamt und Sponsoring zu tragen sind, zur Existenz zu verhelfen. Dazu gehören der Sozialstaat, Bildung und Kultur. Bundespräsident Johannes Rau formulierte auf dem Kongress „Kinder zum Olymp“ in Leipzig am 29. Januar 2004: „Wir müssen uns darüber verständigen, dass Kunst und Kultur kein Luxus sind, sondern ein Grundnahrungsmittel für jede und jeden und für alle in einer zivilisierten Gesellschaft.“ Nicht auszudenken, was mit einer Gesellschaft geschieht, der die kulturellen Institutionen fehlen und die vom Privatfernsehen nur noch mit „perverser-geht´s-immer-Sendungen“ abgespeist wird. Wegen hoher Auflagen und Einschaltquoten lassen die Medien hoch gezüchtete „Superstars“ und Skandale mit atemberaubenden Geldmitteln zum Mittelpunkt avancieren und beeinflussen damit nicht unwesentlich, was den Deutschen als kulturelles Erscheinungsbild vorgesetzt wird. Von diesen „prominenten“ Eintagsfliegen bleibt jedoch rein gar nichts, was an unsere Erben als Kulturgut weitergegeben werden kann. In einer Zeit, in der das Aufziehen von Kindern zur Hauptarmutsursache wird, immer mehr Eltern mit Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe konfrontiert sind, Kultur immer teurer und damit für Familien unerschwinglich und der Fernseher zum Babysitter und Jugendunterhalter Nummer eins wird, muss der Staat Kulturwerte



Ines Knackstedt, Andreas Praesack aus „Was ist Kunst?“, Unikate in Serie, Illustration, Tipp-Ex, 2003

auch und vor allem an die junge Generation vermitteln. Der Kunst- und Musikunterricht ist und bleibt aber das unwichtige Stiefkind unter den Schulfächern, und (staatlich finanzierte) Besuche von Galerien, Museen, Theatern, Konzerten sind in den Lehrplänen nicht festgeschrieben. Offenbar sehen die Regierungen auch nach der Pisa-studie keine Notwendigkeit für Konsequenzen bei dieser Thematik.

Politiker, die ihre Aufgabe als Volksvertreter ernst nehmen, sind in der Pflicht, die Kultur als das Rückgrat einer Gesellschaft durch Steuergelder mitzufinanzieren. Die kulturellen Bedürfnisse der einzelnen Bevölkerungsgruppen lassen sich mit dem Bild einer Pyramide veranschaulichen, deren breite Grundlage die so genannte Soziokultur bildet, also die zahlreichen und vielfältigen Vereine, Institutionen, Initiativen, Stadtteilhäuser, Kulturzentren, Musik- und Zeichenschulen, Werkstätten, Projekte. Darauf bauen sich die in ihrer Nachfrage immer schlanker werdenden Einrichtungen auf, bis die „Leuchttürme“ - Opern, Theater, Museen - die Bedarfsspitze der Pyramide für eine geringe Bevölkerungszahl bilden. Man beachte die umgekehrte Finanzpyramide: Mit vergleichsweise lächerlichem Budget erreicht die Basiskultur die breite Masse von Menschen, aus deren Mitte sich die zukünftigen Besucher der hoch finanzierten Pyramiden-spitze entwickeln. Besucher der „Leuchttürme“ sind üblicherweise von Kindheit an durch Soziokultur gebildet worden. Wer nicht von Kunstwerkstätten, Musikschulen und Vereinsarbeit geprägt wird, interessiert sich auch später kaum für die exklusiveren Kulturangebote. Die Wichtigkeit der Soziokultur ist also nicht zu unterschätzen: Bricht das Fundament der kulturellen Pyramide weg, fallen letztlich auch die Leuchttürme in sich zusammen. Mit jeder Schließung einer basisnahen Kulturinstitution aufgrund leerer Kassen der öffentlichen Hand wird eine relativ große Zahl von Menschen mit ihrem Kulturentwicklungsbedürfnis allein gelassen, jedoch nur eine vergleichsweise geringe finanzielle Einsparung

erreicht. Wenn sich Menschen in Institutionen kulturell engagieren und Werkstätten, Kurse, Veranstaltungen, Hilfe etc. anbieten, dann sind Löhne und Betriebskosten über Kursgebühren nicht tragbar, sondern nur durch institutionelle und Projektförderungen der öffentlichen Hand. Wären die Kursgebühren auf Wirtschaftlichkeit angesetzt, blieben die Kursteilnehmer aus, denn Eltern sind selten in der Lage, ihren Kindern Mal-, Theater- und Musikurse zu horrenden Preisen zu bezahlen. Daher ist die Mitfinanzierung des Staates aus Steuergeldern gefragt, sie rechtfertigt sich und wird zur Pflicht dadurch, dass die Institutionen den Staat in seiner Funktion als Kulturvermittler unterstützen, ja, die Erfüllung seiner Aufgabe ohne sie gar nicht möglich wäre.

Der bildende Künstler im Rahmen der kulturellen Verantwortung der öffentlichen Hand - Freier Markt unter den Bildkünstlern funktioniert nicht

So, wie eine soziokulturelle Einrichtung ohne staatliche Mitfinanzierung dem Untergang geweiht ist, führt der freie Wettbewerb über kurz oder lang zum Untergang des bildkünstlerischen Berufszweiges, mit dessen Erzeugnissen sich die öffentliche Hand so gerne schmückt. Lässt der Staat die bildenden Künstler auf dem hiesigen mageren Kunstmarkt alleine, hat dies zwangsläufig zur Folge, dass derjenige mit den besten finanziellen Voraussetzungen und Beziehungen, der größte Marktschreier, der sich an Geschmäcker Anpassende, der das Showbusiness Beherrschende erfolgreich ist, und nicht der innig und konzentriert Arbeitende, seine individuelle Kreativität durch Können zum Ausdruck Bringende und Qualität Herstellende und auch nicht der originelle Künstler, dessen individuelle Qualität erst durch spätere Generationen erkannt wird. Hilft der Staat nicht, die Grundvoraussetzungen für die Existenz des bildenden Berufskünstlers zu schaffen, werden Entwicklungen und wertvolle Arbeiten der zeitgenössischen Kunstepoche eingebüßt, auf die später einmal unsere Nachkommen so stolz zurückschauen könnten, wie heute Bundeskanzler Schröder auf Werke der alten Meister.

Vertreter der Ansicht, Schmied seines Glückes sei jedermann selbst, und nicht der Staat, verkennen, dass der zu erwartende Durchschnittsverdienst eines freiberuflich arbeitenden Künstlers von vorn herein unvergleichbar niedriger ist, als etwa der eines freiberuflich arbeitenden Rechtsanwaltes, unabhängig davon, wie clever sich die Leute in den jeweiligen Berufssparten zu vermarkten verstehen. Diesem Fakt wurde mit der Einrichtung einer Künstlersozialkasse durch die öffentliche Hand Rechnung getragen. Die Künstlersozialkasse nimmt ihre soziale Funktion allerdings nicht mehr wahr, wenn zu hohe Beitrittschranken, gemessen an den tatsächlichen Einkommensgegebenheiten der bildenden

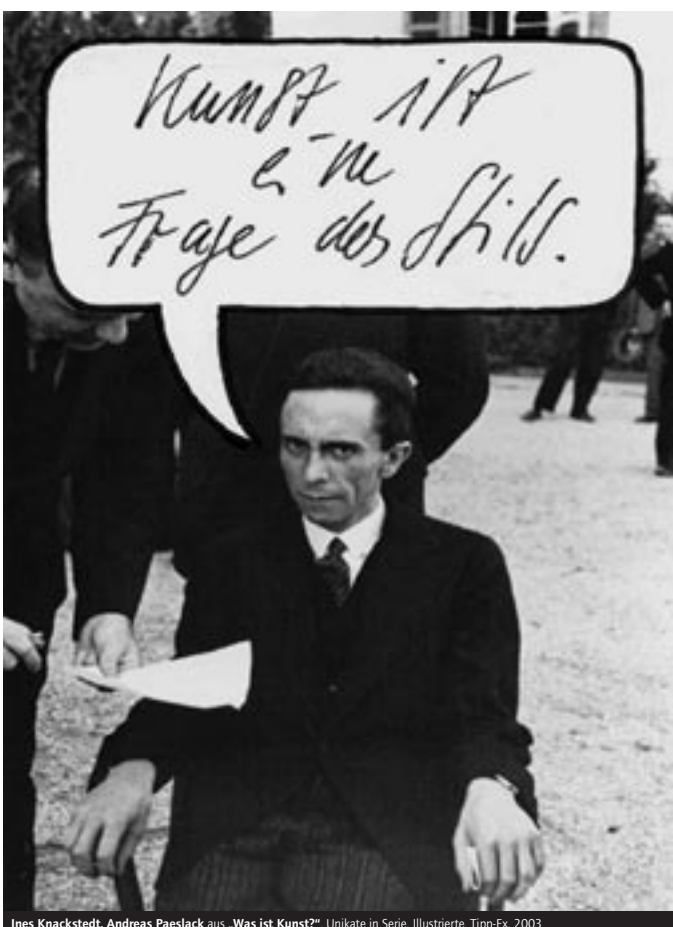
Künstler, aufgestellt werden. Wer pauschal behauptet, Künstler verlangten allein aus wirtschaftlicher Unfähigkeit bzw. aus reiner Bequemlichkeit nach der Hilfe der öffentlichen Hand, der stellt sich mit denjenigen auf eine Stufe, die pauschal erklären, Sozialhilfeempfänger seien Schmarotzer und Arbeitslose faul.

Schwindende Arbeitsmöglichkeiten durch Sterben der Soziokultur

Während Künstler anderer Genres in von der öffentlichen Hand mitfinanzierten Orchestern, Theatern, Opern, Musikschulen Möglichkeiten einer Anstellung finden (wobei auch hier die Luft zum Atmen zunehmend dünner wird), hat der Bildkünstler neben der Freiberuflichkeit nur wenige Gelegenheiten, seine Fachkenntnisse anderweitig einzubringen. Eine ist, Kurse in soziokulturellen Zentren zu halten. Bei den Einsparungsplänen der öffentlichen Hand im kulturellen Bereich handelt sich der Staat nun erheblich weniger Schelte von Seiten der Bürger ein, wenn anstelle eines großen Hauses mit breiter Lobby lieber nach und nach die Förderung der weniger bekannten soziokulturellen Einrichtungen, jährliche Projektgelder und Ankaufssummen für Kunst gekürzt wird bzw. wenn Stipendien und Atelierförderungen gestrichen werden. Die in Medien kaum Erwähnung findende Schließung schleichend tot gesparter Einrichtungen im Soziokulturbereich betrifft also nicht nur die breite Masse der Bürger, der Kinder und Jugendlichen, sie vernichtet auch eine zusätzliche Einnahmequelle bildender Künstler.

Kein freier Eintritt in Museen

Nicht einmal die einfachste Möglichkeit der Kunstförderung durch die öffentliche Hand wird gewährt: Der freie Eintritt in die Museen und Sammlungen für bildende Künstler. Während ein Künstler mit dem



Ines Knackstedt, Andreas Paeslack aus „Was ist Kunst?“, Unikate in Serie, Illustrierte, Tipp-Ex, 2003



Ines Knackstedt, Andreas Paeslack aus „Was ist Kunst?“, Unikate in Serie, Illustrierte, Tipp-Ex, 2003

deutschen Ausweis des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler kostenlos im Louvre in Paris seiner beruflichen Weiterbildung nachgehen kann, verwehren die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden dieses zu DDR-Zeiten selbstverständliche Privileg. Der beruflich tätige bildende Künstler wird vom Kunst konsumierenden Bürger bzw. Touristen nicht mehr unterschieden. Bemerkenswert ist vor allem, dass der Genuss des freien Eintritts in die Staatlichen Kunstsammlungen Dresdens den lernenden Studenten, den Kunsthistorikern, den Kunstkritikern und den Mitgliedern des Deutschen Museumsbundes gewährt wird. Also allen, die ihren Beruf allein den Herstellern bildender Kunst zu verdanken haben. Und auch die öffentliche Hand profitiert: Die Mitglieder des Sächsischen Landtages mit derzeitigen monatlichen Diäten von knapp 4300 Euro erhalten kostenfreien Eintritt, während die Künstler selber zahlen müssen.

Keine Chance für bildende Künstler ohne Hilfe der öffentlichen Hand

Die Politiker aller Ebenen haben die Aufgabe, dem Berufsweig der Künstler Rahmenbedingungen zu bieten, die verhindern, dass die Tätigkeit auf beruflicher Ebene untergeht und die Gegenwartskunst allein auf Hobbyebene am Küchentisch erzeugt wird. Nur die öffentliche Hand hat die Fähigkeit, diese Voraussetzungen zu schaffen und nur so kann sich über die private Hand ein Kunstmarkt entwickeln, der einen fairen Wettbewerb unter den Künstlern ermöglicht.

Forderungen an die öffentliche Hand auf allen politischen Ebenen

Die Politiker müssen anerkennen, dass die öffentliche Hand als Dienstleistende für das Volk in der Verantwortung ist und sich zu dieser Verantwortung gegenüber

den bildenden Künstlern bekennen. Dringend ist die Gleichwertigkeit von Kunst und Kultur neben wirtschaftlichen Bereichen in der Haushaltsplanung zu beachten. Wichtig sind mehr Stipendien für Künstler, die vor allem auch an die Situation einzelner Gruppen (z.B. Alleinerziehende) angepasst werden müssen. Vermehrte und regelmäßige Ankäufe durch die öffentliche Hand bedeuten eine direkte Unterstützung von bildenden Künstlern. Es müssen Arbeitsmöglichkeiten für Künstler gefördert werden, bei denen sie ihre fachlichen Kenntnisse einbringen können, z.B. im Schulunterricht. Der Künstlerberuf bringt Schaffenskrisen und Flautezeiten mit sich, die wirtschaftlich überbrückbar sein müssen. Auf Bundesebene werden die Senkung der Mindesteinkommensgrenze bei der Künstlersozialkasse und die Anpassung der Mitgliedschaftskriterien an die aktuelle wirtschaftliche Situation der Künstler ange-mahnt. Wenn der Gesetzgeber nach Maßgabe des Bundesfinanzgerichts vorsieht, dass das Berufskünstlerdasein bei mangelnden

Einnahmen durch Ausstellungen nachgewiesen werden muss, hat sie in der Konsequenz Regelungen zu schaffen, die Ausstellungen für den Künstler erschwinglich machen. Ein gesetzlich festgelegtes Ausstellungshonorar wird von Seiten der Künstlerverbände schon lange gefordert. Eine Lösung der gegenwärtigen und zukünftigen Problematik der Altersarmut bei Künstlern ist durch ein geeignetes, speziell für Künstler konzipiertes Rentensystem herbeizuführen.

Der Freistaat Sachsen muss selbstverständlich freien Eintritt in die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden für bildende Künstler gewähren. Die Projektförderung ist mit einer angemessenen Summe im jährlichen Haushalt einzuplanen. Speziell die Katalogförderung ist auszubauen. Das Kultusministerium wird zur Förderung der Kunst an Schulen und zur Aufwertung des Kunstunterrichtes durch Berufskünstler angehalten. Besuche in Galerien, Museen etc. während der Schulzeit und in allen Klassenstufen sind im Lehrplan vorzusehen. Die „Kunststadt“ Dresden muss die soziokulturellen Einrichtungen durch langfristig zugesicherte, verlässliche institutionelle Förderung in angemessener Höhe erhalten.

Die durch das Kulturamt vorgesehene Atelierförderung darf nicht regelmäßig den Streichungen im laufenden Haushalt zum Opfer fallen. Städtische, sanierungsbedürftige Häuser, Hallen und Fabrikgebäude sollen zu Atelierhäusern umgebaut und günstig an Künstler vermietet werden.

Es sind viel mehr Ausstellungsmöglichkeiten für Künstler vorzusehen. Die Ausrichtung von Ausstellungen, die sich ein Künstler selbst organisiert, muss finanziell unterstützt werden. Künstlerinnen und Künstler verlangen den Respekt gegenüber einer Berufsgruppe, deren Erzeugnisse Politiker für Renommee und Anerkennung nutzen!

SPIEL MIT DEM FEUER

Ein Offener Brief zum Wettbewerb „Kunst in der Fabrik“

UWE KLOS

Sehr geehrte Frau Dr. Klose, sehr geehrter Herr Wönnmann,

das Amt für Kultur, Soziales und Bildung und die Firma FEUER powertrain schrieben im Januar diesen Jahres einen gemeinsamen „Kunstwettbewerb“ aus. Nachdem die Ausstellung unlängst zu Ende ging, möchte ich Ihnen als teilnehmender Künstler meine Position zu Ihrem Projekt vortragen.

Selbstverständlich ist ein Wettbewerb keine Ankaufsgarantie für alle Teilnehmer. Darüber soll hier nicht geschrieben werden, wohl aber über die Formen des Umgangs mit Künstlern und der Kunst. Aus meiner Sicht war Ihr Handeln nicht von einem Interesse an Kunst und Kunstwerk bestimmt, sondern wird vor allem Ihrer Selbstdarstellung gedient haben.

Zu dieser Einschätzung gelange ich, wenn ich den Ablauf und die Ergebnisse dieser Aktion betrachte: Im Januar luden Sie nach Nordhausen in die Firmenräume von

FEUER powertrain. Dort erläuterten Sie den „Kunstwettbewerb“. Ihre Vorstellung, Frau Dr. Klose, zur Unterstützung und Förderung von Kunst und Künstlern fand ich bemerkenswert. Die Erwartung von Ihnen, Herr Wönnmann, als Geschäftsführer von FEUER powertrain, aus Solidarität preiswerte Arbeiten einzureichen, damit Sie so viel wie möglich ankaufen könnten, befremdete mich. Offensichtlich

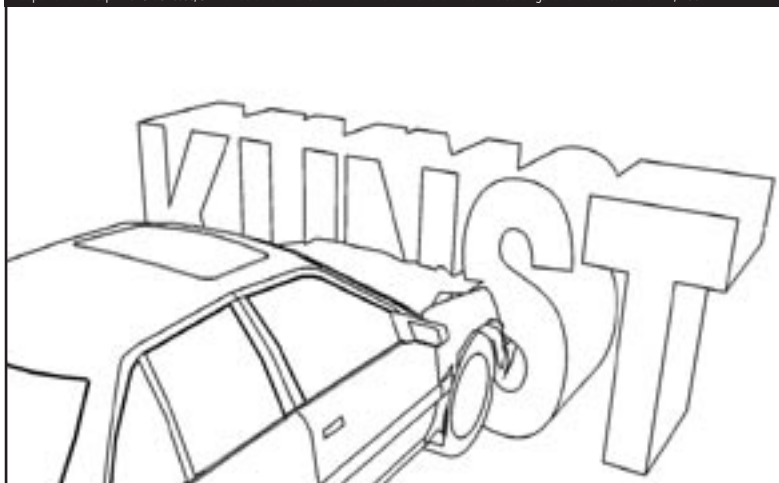
ging es Ihnen nicht um künstlerischen Anspruch, sondern lediglich um wirtschaftliche Erwägungen. Allerdings wollten Sie, auf eine Frage eines Kollegen hin, Ihren Ankaufetat nicht beziffern. Seltsam auch in diesem Zusammenhang Ihre Erwartung, die gelieferte Kunst müsse das Firmenprofil erkennen lassen. Es ist durchaus üblich, dass Auftragswerke, die also vom Auftraggeber garantiert bezahlt werden, in Abstimmung und nach Vorstellungen geschaffen werden. Das dürfte Ihnen aus der Zeit vor 1989 bekannt sein. Was Sie aus meiner Sicht erwarteten, ist vorauseilendes Andienen und nicht freie Entfaltung der Kreativität. Sicher gibt es Kollegen, die mit der Bedienung von Erwartungen umzugehen wissen. Trotz dieser Erwägungen reichte ich ein Bild ein, in der Hoffnung, dass es vielleicht doch zu den auserwählten Ankäufen gehört.

Anfang April erhielt ich Ihr Schreiben, in dem Sie Nachricht gaben, dass das „ausgestellte Kunstobjekt“ ab sofort abzuholen sei. Dieses Schreiben empfinde ich als Schamlosigkeit. Nachdem die Künstler beitrugen, Ihre Firmenräume, Herr Wönnmann, für die Einweihung mit originaler Kunst aufzuwerten, kommt als Dank für den Aufwand

dieses lapidare Schreiben. Mit mehr Achtung und Feingefühl wäre es Ihnen, Frau Dr. Klose und Herr Wönnmann, ein Bedürfnis gewesen, dem Künstler für seinen Beitrag zu danken, auch wenn nichts von ihm angekauft wurde. Auch zählt es zum guten Ton und dokumentiert Offenheit, wenn Sie mitteilen, von welchem Künstler Arbeiten ausgewählt wurden und wer die Auswahl traf. Immerhin versprochen Sie „circa zwanzig Kunstobjekte“ anzukaufen. Ich denke, Sie sollten der Öffentlichkeit darüber Rechenschaft ablegen, schließlich hat die Öffentlichkeit, in diesem Falle die Künstler, maßgeblich zum Gelingen Ihres „Kunstwettbewerbs“ beigetragen.

Am 7. April holte ich, mit meinem Kollegen Joachim Schulze, meine Arbeit und die von zwei Kollegen und einer Kollegin bei FEUER powertrain ab. Der Empfang und das Entgegenkommen in Ihrem Hause, Herr Wönnmann, erschien mir äußerst kühl und abweisend. Sie waren im Urlaub und kein anderer leitender Mitarbeiter hielt es für notwendig, sich um die Kunst und die Künstler zu kümmern. Erst nach mehrmaliger Nachfrage geleitete uns eine Mitarbeiterin durch Ihre Fabrik zum Lager, um dort unsere Verpackung zu erhalten.

Kooperative Kunstpraxis: **Crashtest**, Skizze aus einem Kunst am Bau - Entwurf für die Materialforschungs- und Prüfanstalt Weimar, 2004



Auf meine Frage, wo denn die angekauften „Kunstobjekte“ zu sehen seien, wusste in Ihrem Hause, Herr Wönnmann, niemand Auskunft zu geben. Eine erworbene Arbeit entdeckten wir schließlich im Speisesaal. Weitere angekaufte Arbeiten waren nicht zu sehen. Wohl aber ein Beispiel, mit welcher Herablassung mit den Werken der Künstler umgegangen wird: Das Wandobjekt von Karien Vervoort lag, noch auf seiner Transportunterlage aus Styropor, im Foyerbereich, rechts neben den Ausgang, auf einem Abfallbehälter. Offensichtlich ist das wohl die Art des Hauses, Kunst zu präsentieren, denn am Abfallbehälter klebte das Etikett mit Künstlernamen und Titel der Arbeit. Wohlgermerkt, es handelte sich dabei um ein Wandobjekt!

Fazit aus meiner Sicht: Kunstförderung ist schnell dahin gesagt, bedeutet aber vor allem professionellen Umgang mit Künstlern und ihren Werken und nicht provinzielles und amateurhaftes Handeln. Wenn Sie wieder einmal mit Kunst umgehen wollen, möchte ich Ihnen die Zusammenarbeit mit dem Berufsverband Bildender Künstlerinnen und Künstler empfehlen.

Mit besten Grüßen, Uwe Klos.

Künstler an die Tafeln

Über die neue Förderrichtlinie für Projekte der Schuljugendarbeit

WOLFRAM HÖHNE

Seit einem Jahr wächst in der Wüstenlandschaft öffentlicher Kunstförderungsprogramme ein neuer Strohalm. Dabei handelt es sich um die „Richtlinie zur Förderung der Schuljugendarbeit“, die künstlerische Arbeit mit Jugendlichen als förderungswürdig ausweist. Welches Anliegen die Macher der Richtlinie damit verbinden, was Künstler in Schulen tun können und wie man ein solches Projekt organisiert, ist Thema dieses Beitrages.

Soviel gleich zu Anfang: Es ist verwunderlich, dass diese Richtlinie gelegentlich als Kunstförderung bezeichnet wird. Auf den Bereich des Kläglichen reduzierte Honorarsätze und eine komplizierte Beantragungsprozedur wirken zunächst wenig ermunternd. Mit Hilfe einer ausreichenden Portion Idealismus lohnt sich ein Blick hinter die Kulissen trotzdem. Schließlich geht es hier nicht um die künstlerische Veredlung prestigeträchtiger öffentlicher Gebäude, wie im Falle von Kunst am Bau, sondern um den Lebensraum Schule, der, wie alle nicht profitablen Bereiche der Gesellschaft, der öffentlichen Hand überlassen bleibt. Der Abriss einstiger Pionierpaläste und die Vereinnahmung elterlicher Freizeit durch berufliche Bindungen überlassen die Jugend heute einer konsumorientierten Kulturindustrie. Die Schöpfungen unserer trivialen Massenkultur spielen den Konkurrenzkampf bereits im Kindesalter durch und sorgen für eine Verhärtung der Institution Schule zu einem System der Ausgrenzung. Der Gesetzgeber reagiert nun mit dem Ausbau von Schulen zur Ganztagschule. Auch wenn die Frage bleibt, ob damit nun den Unternehmen bei der Ausbeutung ihrer Mitarbeiter geholfen werden soll, handelt es sich gleichermaßen um einen Versuch, die Freizeitlandschaft für Kinder und Jugendliche zu verbessern.

Für die schulfreie Zeit des Tages sollen durch die Anwendung der Richtlinie neue Angebote zur Freizeitgestaltung, fakultativen Bildung und sozialen Arbeit für die Schüler entstehen. Dass die Macher der Richtlinie die Kunst neben Computerspielerei und Sport unter der Kategorie „Freizeitgestaltung“ einsortiert haben, entspricht zwar leider dem heutigen Stellenwert von Kunst, aber längst nicht deren Potentialen. Weitaus mehr als die Vermittlung von Technikbegriffen in Kreativkursen könnten Künstler hier leisten.

Der Wortlaut der Richtlinie lässt eine enge Ausrichtung auf die Organisation von Nachmittagskursen vermuten. Dagegen erklärt Frau Haschke von der Jenaer Arbeitsstelle, dass ebenso problemorientierte und prozesshafte Arbeitsformen förderungswürdig sind, die sich beispielsweise der Gestaltung des Schulraumes in Form einer Zusammenarbeit von Künstlern, Schülern und Lehrpersonal widmen.

Das Projekt „Eine Intervention in der Schule“ der österreichischen Künstlergruppe Wochenklausur kann als ein derartiger Versuch angesehen werden. Eine

ebenso interessante Aufgabe für Künstler wäre die Mitarbeit an der Entwicklung eines Schulprofils, wie dies auch die Förderrichtlinie anstrebt. Ein Schulprofil bedeutet die Etablierung einer außerschulischen Aktivität, der sich eine Schule im Besonderen widmet. Dies kann das Engagement eines Sportvereins genauso, wie der Bau einer Sternwarte auf dem Schuldach oder die Einrichtung einer Lithografiewerkstatt sein. Dafür bedarf es eines gemeinsamen Ziels, das reizvoll genug ist, um Schüler, Lehrer und interessierte Partner vor Ort tatkräftig zu verbinden.

Nach Auskunft der verantwortlichen Arbeitsstelle in Jena haben bereits 413 Schulen in Thüringen eine Förderung der Schuljugendarbeit erhalten. Gelder können nur über außerschulische Träger (Vereine, Firmen) beantragt werden, die bereit sind, 20% der Fördersumme als Eigenleistung zu erbringen. Im Kostenplan sind Material-, Reise- und Honorarkosten (maximal 15 Euro/Stunde) für den Mindestzeitraum eines Schulhalbjahres aufzuführen. Auch die kostenintensive Förderung zur Einrichtung von Arbeitsräumen, wie Werkstätten und Labors kann über die Förderrichtlinie erfolgen.* Der Projektträger reicht dann gemeinsam mit der Schule einen Förderantrag beim Kultusministerium ein (bis zum 31.5.2004 für das 1. Schulhalbjahr 2004/2005). Nach Auskunft der Arbeitsstelle in Jena sollen Interessenten die komplizierten Beantragungsprozeduren weitgehend von den Schulen abgenommen werden. Praktiker auf diesem Gebiet sprechen jedoch eher von einem zögerlichen bis fehlendem Engagement der Schulen.

**) Wer sein Maximalbudget berechnen will kann dies folgendermaßen tun:*

- 1. Man erfragt den Gesamtbetrag der zur Verfügung stehenden Mittel im Landshaushalt (2003 waren es 3.7 Mio. Euro und 2004 sollen es 5 Mio. Euro sein) und die Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen laut Schülerstatistik des Vorjahres.*
- 2. Der Anteil der Schüler der Partnerschule an der Gesamtzahl der Schüler Thüringens entspricht dem Anteil des Landshaushaltes, den eine Schule zur Förderung des Projekts beantragen kann.*



Ines Knackstedt, Andreas Piesack aus „Was ist Kunst?“, Unikate in Serie, illustrierte, Tipp-Ex, 2003

Kinder zum Olymp

Zur Notwendigkeit ästhetischer Bildung von Kindern und Jugendlichen

DR. GITTA HEIL

Im Januar 2004 fand im Gewandhaus Leipzig ein Kongress unter dem Titel „Kinder zum Olymp“ statt. Begleitet von einer umfassenden Ausstellung mit Themeninseln zu Kultur- und Bildungsprojekten, bot der Kongress einen Einblick in die zur Zeit in Deutschland vorhandene Vermittlungspraxis von Kultur aller Genres. In seiner Eröffnungsrede gab der Bundespräsident, Dr. Johannes Rau, nachdrücklich zu verstehen, dass die heutige Gesellschaft einer musischen Versteppung der Jugend entgegenwirken muss und dass jedes Kind ein Recht habe, in der Schule eine musische Bildung zu erwerben, um Verstand und Sinne anzusprechen. Denn, um soziale Kompetenz zu erhalten, reiche Computerebildung allein nicht aus!

Aus einer hochkarätig besetzten Referentenliste und mehreren Diskussionspodien gingen Thesen zur Notwendigkeit von Kultur und Kunst im Alltag von Kindern und Jugendlichen hervor.

So fordert die Kultusministerkonferenz eine höhere kulturelle Kompetenz von Kindern und Jugendlichen angesichts einer beständig komplexer werdenden Gesellschaft. Dabei gehe es vor allem darum, die eigene Kultur zu verstehen, praktische Fähigkeiten auszubilden sowie das Verständnis für fremde Kulturen zu entwickeln. Je eher versucht wird, dieses Verständnis zu wecken und zu fördern, desto größer sind die Erfolgsaussichten und die Chancen, einen aktiven, zukunftsorientierten Beitrag zum Leben in der heutigen Gesellschaft zu leisten. Die KMK ist der Auffassung, dass es hierzu einer breiten gesamtgesellschaftlichen Übereinkunft, verstärkten Anstrengungen des Staates, aber auch der Unterstützung von Wirtschaft und Privatpersonen bedarf.

Professorin Karin von Welck (Kulturstiftung der Länder) hofft, dass es dem Kongress gelingen möge, die breite Öffentlichkeit auf dieses Thema aufmerksam zu machen: „Die Forderung, die ästhetische Erziehung von Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen, ist bereits in den 70er Jahren Programm gewesen. Doch heute müssten wir uns fragen: Warum sind so viele dieser Ansätze buchstäblich im Sande versickert und eingestellt worden?“ Uns sollte bewusst sein, dass es sich unsere Gesellschaft nicht leisten kann, auf die integrierende Kraft der ästhetischen Erziehung zu verzichten.

Professor Peter Mussbach, der Intendant der Berliner Staatsoper „Unter den Linden“, hielt ein Referat mit dem Titel „Was soll ein Mensch können?“. Für ihn stand fest, dass es kein Bild vom Menschen an sich geben kann, sondern, dass dieses Bild systemabhängig ist. Jede Art von Emotion solle in einer sinnentleerten Gesellschaft, zu der sich die unsrige immer mehr zu entwickeln droht, bewahrt werden.

In einem anderen Referat hieß es, die Ganztagschule hätte die Chance, sich in den Dienst sozialer und

ästhetischer Erfahrungen zu stellen. Das Abrücken von einem rigiden Stundenraster könne erheblichen psychischen Störungen der Schüler entgegenwirken. Der Schule sollte es gelingen, den Lernstoff ansprechend, weniger quälend und mit von Schülern selbst bestimmten Lehrplänen zu vermitteln.

Die Kulturvermittlung in der Schule darf nicht auf Eliten beschränkt sein! Andere Länder, wie beispielsweise Finnland, lassen die Schüler erfahren, was sie können. Deutschland hingegen zeige, was der Schüler nicht kann, so Herr Reiche (Kultusminister in Brandenburg). Er versprach, Honorare bereitzustellen, um musische Bildung zu ermöglichen.

Im anschließenden Podium hob man hervor, dass die Rolle der Medien zu beanstanden sei, um auch diesen einen Bildungsauftrag zu verankern. Denn schließlich ist die Kultur ein Moment der Selbstbestätigung. Musik und Bildwerke in ihrer Sprache zu verstehen, bedeutet zugleich, sie decodieren zu können.

Eine Arbeitsaufführung des Filmes „Rhythm is it“ über die Jugendarbeit von Sir Simon Rattle und den Berliner Philharmonikern zeigte, dass aus der Arbeit mit 230 Kindern über 8 Wochen ein emotional bewegendes Filmerlebnis entwickelt wurde. Als Fazit bleibt, dass bedeutende Persönlichkeiten Kräfte bündeln und bewegen können. Ein Film also, den man sich ansehen sollte.

Auf einem Podium, das die bildende Kunst in den Mittelpunkt stellte, kam der Maler und Grafiker Michael Triegel zu Wort. Für ihn stand fest, dass Kunst mehr in den gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebunden werden muss. Kinder und Jugendliche aber auch die Erwachsenen müssen lernen, wie man Kunst macht. Sie müssen verstehen, dass das mit richtiger Arbeit zu tun hat! In ihr äußere sich im besten Falle ein Gegenentwurf zur bestehenden Gesellschaft und Umwelt, so Triegel. In den Berichten über die vorangegangenen Podiumsgespräche stellte man fest, dass es vielen Politikern noch an Bewusstsein für diese Problematik fehle und forderte, dass die Lobby für Kultur und Kunst sich in Beschlüssen und Gesetzgebungen bis auf die Bundesebene niederschlagen müsse. Das Wissen um die Notwendigkeit von Kultur und Kunst auf dem Kongress reichte bis zu Forderungen nach einer ganzheitlichen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Jedoch mangle es allerorts an einer konsequenten Einführung musischer Bildung in den Schulalltag. Der Verweis auf fehlende Gelder mache keinen Sinn. Es stellt sich vielmehr die Frage, wo die Gesellschaft ihren Schwerpunkt setzt. Denn Kultur wächst von unten und bedarf in jeder Generation des Nachwuchses.

Für Thüringen bleibt die Aufgabe, die Potenzen von Kultur und Kunst in den Schulalltag zu integrieren, was über Zeitverträge zwischen Künstlern und Schulen zu realisieren ist.

Zum Kongress erschien im Vorfeld ein Kompendium: „Kinder zum Olymp!“ im Wienand-Verlag, 2004. ISBN 3-87909-829-8

Dialoge Landschaften

Ein Pilotprojekt im Kunsthaus Meyenburg Nordhausen von Mitgliedern des VBK Thüringen im Dialog mit Studenten der Fachhochschule Erfurt, Fachbereich Landschaftsarchitektur. FALKO BÄRENWALD

Die 1907 im historistischen Stil erbaute Villa des Kunsthauses Meyenburg ist Sitz der Ilsetraut Glock-Grabe Stiftung und der städtischen Kunstsammlung der Stadt Nordhausen.

Sieben Räume können in der Villa Meyenburg bespielt werden. Vom 3.12.2004 - 23.1.2005 erhalten sieben Künstler des VBK gemeinsam mit den Studenten der Fachhochschule die Möglichkeit, für „Ihren“ Raum ein gemeinsames „Raumprojekt“ zu erarbeiten.

Für das Ausstellungsprojekt im Kunsthaus Meyenburg ist die Landesgartenschau 2004 in Nordhausen Anlass gewesen, einen „dialogen Partner“ im Bereich der

praktizierenden Landschaftsgestaltung zu suchen. Der bewusste Zwang zum gemeinsamen „landschaftlich-künstlerischen Dialog“ an einem konkreten Ort soll neue Sichtweisen auf das gestellte Thema schaffen und letztlich einen Dialog ermöglichen, der weit über das Ausstellungsprojekt fortgeführt werden kann. Der sichtbar gemachte Prozess des Planens, Umsetzens, Reflektierens oder Dokumentierens einer Landschaft ist nicht nur nahe liegende Erweiterung des Begriffes Landschaft, sondern auch wichtiger Punkt der Selbstfindung mit dem uns ständig umgebenden Räumen. In dem Sinne wird das Ausstellungsprojekt für Macher und Besucher gleichermaßen interessant. Wir erwarten im Ergebnis der dialogen Projektarbeit spannende künstlerische Reflektionen zur Vielschichtigkeit des Themas „Dialoge Landschaften“. Es arbeiten Siegfried Böhning, Erik Buchholz, Rainer Ende, Klaus Nerlich, Bernd Rückert, Joachim B. Schulze und Falko Bärenwald.

Das Gelände der ehemaligen Firma J. A. Topf & Söhne in Erfurt

Möglichkeiten der künstlerischen Auseinandersetzung ECKART SCHÖRLE

Es ist ein sonniger Frühlingsnachmittag, als ich erstmals das brach liegende Industriegelände an der Weimarerischen Straße betrete. Aus dem vorbeifahrenden Zug war mein Blick schön öfters auf das Firmengelände gefallen - die verfallenen Backsteinhäuser, die Graffiti und die Sprachlosigkeit dieses Ortes. Das Gelände ist nur wenige Minuten vom Erfurter Hauptbahnhof entfernt und scheint doch aus der öffentlichen Wahrnehmung fast verschwunden zu sein. Bei den ersten Schritten auf der Industriebrache bietet sich zunächst ein Bild der Zerstörung. Viele Fensterscheiben sind kaputt, große Mengen an Schrott und Müll jeglicher Art säumen die Wege zwischen den einzelnen Gebäuden. Da liegen zertrümmerte Möbel neben losen Kabeln und zwischen undefinierbaren Überresten tauchen technische Zeichnungen und Aktenteile auf, die auf den früheren Arbeitsalltag an diesem Ort verweisen.

Die grauen Wände der Gebäude sind mit einer Vielzahl von Graffiti übersät. Nur selten ist beim ersten Betrachten der Bilder, Zeichen, Buchstaben und Wörter ein Rückschluss auf die Intentionen und Vorstellungen der künstlerischen Akteure zu erkennen. Viele Bereiche des Geländes hat die Natur bereits zurückerobert. Aus dem brüchigen Beton der Wege wachsen große Büsche und Sträucher. Auf den Dächern sind Bäume zu sehen. Der Umfang des Pflanzenwuchses lässt erahnen, dass an diesem Ort schon über Jahre hinweg keine menschliche Hand mehr eingegriffen hat, um dort „Ordnung zu schaffen“. Alles in allem bietet sich mir an diesem Nachmittag ein vielfältiges und widersprüchliches Bild, das sich mit Gedanken an ein einst florierendes industrielles Unternehmen und Gefühlen von Industrieromantik mischt. Diese ersten Eindrücke sind nur schwer mit dem Wissen um die Geschichte der Firma zu vereinbaren, die



hier einst gewirkt hatte. Es handelt sich um die Firma J. A. Topf & Söhne, die an diesem Ort die Krematorien für Auschwitz und andere Konzentrationslager entwickelte und produzierte. Wie kaum ein anderes Unternehmen veranschaulicht die Geschichte dieser Firma die Beteiligung der deutschen Industrie am Holocaust. Wie kann man heute einen angemessenen Umgang mit einem solchen Ort finden? Wie lässt sich hier eine dauerhafte Auseinandersetzung mit der Firmengeschichte etablieren? Anders als die Gedenkstätten an den Orten ehemaliger Konzentrationslager, die immer auch die Aufgabe des Gedenkens an jene Menschen haben, die in diesen Lagern gelitten haben oder gestorben sind, verlangt das Handeln der ehemaligen Akteure dieser Firma auf diesem Gelände nicht nach Formen des Gedenkens und Respekts. Die Geschichte von Topf & Söhne und das Handeln ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werfen Fragen auf und fordern zur Auseinandersetzung mit dem Geschehenen auf. Heute erinnert an dieser Stelle kaum etwas an die schrecklichen Konsequenzen, die die Produkte dieser Firma während des Nationalsozialismus hatten. Die

Jost Hermand „Nach der Postmoderne“

Rezension

WOLFRAM HÖHNE

Wer nach den kulturellen Ursachen der derzeitigen gesellschaftlichen Katerstimmung Ausschau halten möchte, dem sei ein Blick in das soeben erschienene Buch „Nach der Postmoderne“ des in Wisconsin lebenden Germanistikprofessors Jost Hermand empfohlen. Hermand beschreibt, wie dem Kunstschaffen im Spätkapitalismus das Motiv einer besseren Gesellschaft immer mehr abhanden kommt. Nach ihm befinden wir uns heute in einer Zeit, die zwar ständig neue ästhetische Hüllen hervorbringt, jedoch keine Auseinandersetzung mehr über das gemeinsame Dasein der Menschen in einer Welt voller Ungerechtigkeit führt. Damit das Unrecht unentdeckt oder zumindest erträglich bleibt, wird heute gern auf pluralistische Entscheidungsinstrumente, wie die Pressefreiheit oder den liberalistischen Charakter unserer Gesellschaft der unbegrenzten Möglichkeiten verwiesen. Aber auch diese einstigen Errungenschaften sind längst nur noch die Hüllen ihrer selbst. Der Ruf nach Freiheit scheint sich darin erfüllt zu haben, zwischen zwanzig Waschmittelsorten wählen zu dürfen. Von der kaschierten Ungerechtigkeit des Systems bleibt nur das Ohnmachtsgefühl zurück, sowieso nichts ändern zu können. Hermand nennt das den gesellschaftlichen Status quo - eine Erstarrung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Gesellschaftliche Krisen jedoch bieten die Möglichkeit zur Veränderung - dann nämlich wenn die Freiheit des Konsums und der Scheinpluralismus der Medien nicht mehr ausreichen, unsere Sensibilität für gesellschaftliches Unrecht zu betäuben.

Jost Hermand ist eine Ausnahmeerscheinung in der Kunstwissenschaft. Er beschreibt und bewertet Kunstwerke vor dem Hintergrund der Geschichte, ihren sozialen Bedingungen und Machtgefügen. Seine Perspektive beschreibt die Kulturgeschichte als einen Prozess der Humanisierung menschlichen Zusammenlebens. Damit unterscheidet er sich von anderen Theoretikern, die ein weniger zeitgebundenes Denken verfolgen und nach überzeitlichen Kriterien suchen, mit denen sich der Ewigkeitsanspruch von Kunstwerken aber auch der lethargische Status quo der Gesellschaft, begründen lässt. Bevor Hermand den Zustand der Gegenwartskultur beschreibt, widmet er sich der Frage nach der Relevanz der historischen Kunst für den heutigen Betrachter. Wie wird die Kunst vergangener Unrechtsstaaten, wie etwa der antiken Sklavenhaltereien oder mittelalterlicher Notgesellschaften heute angesehen? Hermand findet einen naiven Blick auf das altherwürdige Milieu, der in jenen Schloss- und Burgtouristen gipfelt, die sich noch den Richtblock des Fürsten unter handwerklichen Gesichtspunkten ansehen können. Das Unrecht vergangener Zeiten verschwindet im Blendwerk der Kunst. Wer genauer hinsieht, wird vieles an Machogehabe, Kriegsherrlichkeit und rücksichtsloser Triebhaftigkeit finden und nur selten jemanden, der darauf hinweist.



Das wir mit diesem historischen Ballast einen derartig leichten Umgang finden, haben wir den Deutungswissenschaften zu verdanken, genauer gesagt jenen Wissenschaftlern, die das Zeitlose anstatt der historischen Umstände suchen, um Kunst zu bewerten. Zeitlos ist nach Hermand vor allem der Verweis auf Kriterien, die aus unserer psychologischen Grundausstattung stammen. Dort, wo die Schönheit, Melancholie oder der Grusel zeitreisender Kunstwerke auch den heutigen Betrachter erschauern lässt, verschwindet die Frage nach der gesellschaftskritischen Haltung des Künstlers. Besonders die bildende Kunst ist anfällig für eine Kunstauffassung, die Hermand mit dem „Eintauchen in eine warme Badewanne“ vergleicht. Ihre visuelle Erscheinungsform kommt der oberflächlichen Lesart unserer Zeit entgegen, die meist nicht über die ästhetische Hülle hinausgeht. Wenn Kunstkritiker sich von Restaurantkritikern unterscheiden sollen, müssen also andere Qualitäten als das zeitüber spannende Auslösen von Gefühlen in die Betrachtung einbezogen werden.

Hermands Kritik an der Rezeption des historischen Kunstbestandes schließt eine Schilderung des Zustands der Gegenwartskultur an, die vor allem die Entwicklung der Künste in Deutschland nach 1945 im Blick hat. Künstlerische Reformbewegungen, die nach einer besseren Gesellschaft suchten, trafen auf beiden Seiten der politischen Blöcke auf Widerstand. Sie verschwanden in den doktrinären Apparaten der Ostblockstaaten, die an Instrumentalisierung mehr als an Auseinandersetzung interessiert waren. Im Westen behinderte der Totalitarismus-Verdacht, der jeden Realismus sofort der braunen oder roten Diktatur zuordnete, eine realistische Weltsicht in der Kunst. Die ungegenständliche Form erlebte ihre eigentliche Karriere und dient bis heute als ein fragwürdiger Freiheitsbeweis der kapitalistischen Gesellschaft. Verloren ging dabei das Bewusstsein um das Gegenüber einer Gesellschaft, die es zu verbessern gilt. Es wick einem Verständnis des „Postismus“, welcher besagt, dass wir uns heute in einer Nach-Zeit befinden, in der alles



Dragonervase aus dem Barockschloss Moritzburg: Dieses Ausstellungsobjekt tauschte der sächsische Kurfürst August der Starke zusammen mit einigen Hirschtrophäen gegen sächsische Rekruten ein, die als Leibeigene im preußischen Heer fortan dienen mussten.

Wladimir Brintzalow besitzt 2,5 Milliarden Dollar. Er ließ sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen. „Ich will Zar sein.“ Aus Jens Herrmann „**Menschenhandel**“, Schaukasten über die Dragonervasen, Barockhaus-Projekt, Moritzburg 2000 (www.kunst-basis.org)

Ringen um die Geschichte ein Ende gefunden hat. Auch die 68er Bewegung beendete ihren Marsch durch die Institutionen kurz nachdem sie dort angekommen war. Das Wort „ideologisch“ wurde zu der Negativvokabel, in der es heute bedenkenlos verwendet wird.

Um nicht als ideologisch gelesen zu werden, verzog sich die Künstlerschaft auf den Olymp der autonomen Kunst und geht dort seither einer Praxis der eitlen Selbstbespiegelung nach. Jeder Künstler will Star oder Diva sein. Die Inhalte verschwinden hinter den ästhetischen Modehüllen des Zeitgeists, die laufend erneuert werden müssen, um die gesellschaftliche Stagnation nicht durchdringen zu lassen. Auch die Wissenschaften ziehen mit. Jede neue Hülle erhält ihren „differenzierten Wissenschaftsjargon“. Die hohe Kunst bewegte sich in jenen randständigen Bereich, in dem sie sich heute befindet. „Theoretiker sprechen zu Theoretikern in dem vollen Bewusstsein, dass ihnen niemand zuhört.“ Um gesamtgesellschaftliche Fragestellungen geht es kaum noch, sondern vielmehr um philosophisch abgehobene Spitzfindigkeiten, mit denen „akademische Lorbeerkränze und Stipendien“ anvisiert werden. Künstler wie Akademiker verstehen sich nicht mehr als Anwälte einer gerechten Welt, sondern als „Vertreter einer kulturellen Elite“, der „von Staats wegen noch mehr Freizeit eingeräumt werden soll, um in Ruhe über ihre eigenen Kultur- und Theoriebedürfnisse nachzudenken“.

Was die Kunst seither vernachlässigt, ist die Ansprache an die breite Bevölkerung. Diese bleibt den Massenmedien überlassen, deren ständig strömende mediale Flut den Kulturkonsumenten kaum noch über den Augenblick hinaus denken lässt. „Social engineering“ nennt man die Erziehung des Fernsehzuschauers zu konsumorientierten Lebensmodellen. Der tägliche Presseummel wird als demokratische „Pluralität“ ausgegeben, ist aber nichts anderes, als die Gleichschaltung zu einem eindimensionalen Denken.

Herrmann beschreibt die Ökonomisierung des Kulturlebens an zahlreichen Beispielen und zeigt, wie sich

unter der zersetzenden Wirkung des Geldes kulturelle Werte in die Effizienzfaktoren der Warenproduktion verdinglichen. Kunst und Wissenschaft hat der Trend zur Ökonomisierung wie alle anderen Bereiche des Lebens erfasst.

Soll die Kunst überhaupt noch eine Chance haben, so muss diese sich einer gesamtgesellschaftlichen Kritik verschreiben und der Vereinnahmung durch den Markt widersetzen. Nur wer eine utopisch - hoffnungsvolle Perspektive im gesellschaftlichen Sinne hat und seine Arbeit als eine Didaktische versteht, der kann laut Herrmann auch heute noch bedeutende Kunst hervorbringen. Die Kunst der Zukunft soll dem ästhetisch wie historisch denkenden Menschen „sinnliche Gratifikation und ideologische Schubkraft“ geben. Alle andere Kunst aber darf immer noch darauf hoffen in aller Zukunft aufbewahrt zu werden: als schlechtes Beispiel für eine degenerierte Gesellschaft der Vergangenheit.

Jost Herrmann „Nach der Postmoderne“, Böhlau-Verlag, 2004, ISBN 3412128031



Jens Herrmann „Scheibenglobus“, Mixed Media, 30 cm, 2001

Was Politiker der Künstler-schaft versprechen

Wahlprüfsteine des VBK Thüringen

KOOPERATIVE KUNSTPRAXIS, LOUISA LEIMBACH

Der VBK Thüringen befragte die großen Parteien nach ihrer Position zu Kunstförderung, Kunst am Bau, Künstlerberuf, Kulturlandschaft Thüringen, Wirtschaftsfaktor Kunst, Förderung von Kulturverbänden und Stiftungszweck der neu entstehenden Stiftung Kulturfonds.

Alle Antworten von CDU, SPD und PDS können in der Geschäftsstelle des VBK nachgelesen werden.



CDU: **Thüringen hat bei der Kulturquote im Bundesvergleich einen Spitzenplatz.**



SPD: **Wir fordern 2% für Kunst im öffentlichen Raum. Sonderaufonds Kunst am Bau mit einem Volumen von 100000 EURO wiederherstellen.**



SPD: **2% des Landeshaushaltes sollen für kulturelle Belange verwendet werden. Die bildende Kunst ist angemessen zu berücksichtigen.**



PDS: **Wir unterstützen den Ankauf von Werken für eine noch zu schaffende Sammlung des Freistaates Thüringen.**



SPD: **Stiftung Kulturfonds auf Förderung zeitgenössischer Kunst- und Kultur begrenzen!**



SPD: **Kunst ist ein Standortfaktor.**
Ob deren Förderung durch das Wirtschaftsministerium erfolgen muss, erscheint uns noch diskussionswürdig.



CDU: **Alles OK bei Kunst am Bau.**
Es gibt den Kunstbeirat, Wettbewerbskriterien und bisher 4 Mio. Euro, die in Kunst am Bau investiert wurden.



CDU: Die Kulturstiftung soll auch zum Erwerb von Kulturgütern sowie für Präsentations- und Dokumentationsvorhaben des Landes eingesetzt werden.

CDU: Ein geschlossenes Netz kommerzieller Galerien muss ausgebaut werden.
Kultur und Wirtschaft gilt es enger zu verzahnen!

PDS: Die Kulturstiftung soll keine Haushaltslöcher in anderen Kulturbereichen stopfen. Sie dient der Förderung zeitgenössischer Kunst.

PDS:
Die Finanzierungspraxis bildender Kunst in Thüringen zeichnet sich durch **Vetternwirtschaft** und die Bedienung von parteipolitisch motivierten Erbhöfen aus. Wir werden das ändern.

Die Berufsprofilierung von Künstlern zu fördern ist **nicht zweckmäßig**, denn sie **widerspricht** der **Unabhängigkeit der Kunst**.

PDS:
Kunst am Bau
Mindestbausumme für Wettbewerbe auf **0.5 Mio EURO** runter!
Sonderaufonds für Kunst auf **100.000 EURO** hoch!

CDU: Für in Not geratene Künstler gibt es die KSK und die Künstlerhilfe des Bundespräsidialamtes.

PDS:
Wir organisierten **15 Ausstellungen** in der letzten Legislaturperiode auf dem Flur unserer Fraktion in der 5. Etage des Thüringer Landtages.

VBK Thüringen kündigt die Mitgliedschaft im BBK

PROFESSOR KLAUS NERLICH

VBK Thüringen kündigt die Mitgliedschaft im BBK. Vorausgegangen war dieser Entscheidung eine Krisensituation im BBK, die sich seit der letzten Delegiertenversammlung im Mai 2002 in Dessau immer mehr zuspitzte. Nicht mehr zu ignorieren war diese, als im Juni letzten Jahres der BBK Berlins seinen Austritt erklärte und Christiane Jung und Elvira Franz im August ihre Mitarbeit im Bundesvorstand aufkündigten. Eine Sondersitzung des Bundesausschusses, der Vertreterversammlung aller Mitgliedsverbände, die sich mit einer Strukturreform des BBK befassen sollte, fand am 27. und 28. März 2004 in Potsdam statt. Auf dieser Sitzung wurden sämtliche Vorschläge zur Strukturveränderung des Verbandes, die im Vorfeld von sieben Landesverbänden erarbeitet wurden, mehrheitlich abgelehnt. So sieht der Dachverband bisher lediglich die Verringerung der Delegiertenzahl für die alle vier Jahre stattfindende Delegiertenversammlung vor. Dies ist uns und unseren Mitgliedern entschieden zu wenig. Wir bedauern sehr, dass Veränderungen im Bundesverband so schwer möglich sind. In seiner letzten Sitzung am 3. Mai beschloss der Vorstand einstimmig, die Mitgliedschaft im Bundesverband bildender Künstlerinnen und Künstler aufzukündigen. Beauftragt wurde der Vorstand, eine Entscheidung zu gegebener Zeit zufällen durch das Votum der Mitglieder auf der Jahreshauptversammlung im November 2003. Die Mitglieder hatten den Verbleib des Thüringer Verbandes im Dachverband nur unter der Voraussetzung einer konstruktiv veränderten Verbandspolitik für sinnvoll erachtet. Bis zum Jahresende 2004 ist der VBK Thüringen noch Mitglied im Bundesverband und wird sehr aufmerksam die Entwicklung in diesem Jahr und darüber hinaus verfolgen. Die nächste Delegiertenversammlung findet Ende 2005 statt. Diese wird über Veränderungen und Entwicklungen im BBK bis 2009 entscheiden. Sollten sich wirkliche Veränderungen abzeichnen, die uns hoffen lassen, dass auch auf die Lebens- und Schaffensbedingungen unserer Künstler eingegangen werden kann, so werden wir uns wieder um Aufnahme in den BBK bemühen. Die 6.637,40 Euro Umlage pro Jahr stehen, die aus Mitgliedsbeiträgen an den BBK abgeführt wurde, damit für unsere Arbeit in Thüringen zur Verfügung. Wir beabsichtigen, dieses Geld für ein Projekt einzusetzen.

Kulturstiftung Thüringen

ELVIRA FRANZ

Die Stiftung Kulturfonds Berlin, hervorgegangen aus dem Kulturfonds der DDR, gesichert für die zeitgenössische Kunst durch den Einigungsvertrag, jetzt ist sie am Ende.

Nach dem Austritt Sachsens schon vor Jahren, hat nun der Rückzug Sachsen-Anhalts und dann Thüringens zur Insolvenz geführt. Die Länder nehmen mit ihrem Austritt zum Jahresende 2004 den ihnen gehörenden Stiftungsanteil mit. Damit diese 7,6 Millionen Euro für Thüringen nicht einfach im Landshaushalt verschwinden, hat das Kunstministerium ein Gesetz für eine Thüringer Stiftung vorbereitet, das inzwischen vom Landtag verabschiedet worden ist.

Für diese Thüringer Kulturstiftung wurden neben der Förderung zeitgenössischer Kunst weitere Aufgabengebiete festgeschrieben. Die Stiftung ist bisher aber nur mit dem Vermögen des Kulturfondsanteils ausgestattet. Weiteres Geld ist nirgends in Sicht. Deshalb haben die Künstlervertreter ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, dass das wenige Geld für Kunstförderung zukünftig auch für repräsentative Dokumentationen und Kunstankäufe verwendet werden könnte. Trotz massiver Proteste der betroffenen Kunstsparten passierte das Gesetz ohne wesentliche Änderungen dank CDU-Mehrheit den Landtag. Protesten und Medienschelte entgegenete der CDU-Abgeordnete Jörg Schwäblein in seiner Presseerklärung, dass trotz der Erweiterung des Stiftungszwecks auf Ausstellungen und den Erwerb bedeutender Kulturgüter der bisherige Stiftungszweck finanziell ungeschmälert erhalten bleibe. Die Forderung der PDS-Fraktion „Es darf nicht einmal der Anschein erweckt werden, dass mit dem ‚geerbten Geld‘ Haushaltslöcher gestopft werden“, blieb unbeachtet.

Ausschreibungen

Fotowettbewerb der CMA

für Fotografie zum Thema: „Raps“; max. 3 Bilder als Papierabzüge oder Ausdrucke bis zum Format 20 x 30 cm; Geld- und Sachpreis von über 7.000 ; Jury; Kontakt: CMA-Pressestelle Deutsches Rapsöl, Jeschenko Medien Agentur Köln GmbH, Eugen-Langen-Str. 25, 50968 Köln, Tel 0221.3099-154, Fax 0221.3099-200, d.iven@jeschenko.de; Termin: 15.6.2004

Bildhauer-Symposium

der Stadt Nordhausen (siehe INFO-Blatt 2.2004); Thema: „Religion - Wandel einer Beziehung“; Verlängerung des Bewerbungszeitraumes bis zum 6.6.2004

Pleinair „Sonnenuhr“

Veranstalter: Kunstverein Plauen-Vogtland e.V.; Thema: „Zeit“; Innerhalb des Pleinairs sollen Sonnenuhren im öffentlichen Raum der Stadt Plauen geplant und gebaut werden, eine dauerhafte Ausstellung der Objekte wird angestrebt; Jury; Kontakt: Galerie im Malzhaus; c/o Sonnenuhr, Alter Teich 7-9, 08527 Plauen, galerie@kunstverein-plauen.de oder galerie@malzhaus.de, Bewerbungsschluss: 16.7.2004

IMPRESSUM

Denkzettel

Texte zu Kunst und Zeitgeschehen, 1. Ausgabe, Mai 2004

Herausgeber Verband Bildender Künstler Thüringens

Redaktion Elvira Franz, Wolfram Höhne, Christina Kausch

Auflage 500 Stück

Mit Text- und Bildbeiträgen von

Elvira Franz, Gitta Heil, Jens Herrmann, Wolfram Höhne, Ines Knackstedt, Uwe Klos, Kristine Köpf, Kooperative Kunstpraxis, Louisa Leimbach, Klaus Nerlich, Andreas Paeslack, Eckard Schörle

Kontakt VBK Thüringen, Krämerbrücke 4, 99084 Erfurt

Tel 0361-6422571

Email info@vbkth.de, info@kunstseiten-thueringen.de